

Partizipation und Engagement am öffentlichen Leben im Stadtteil

1 Begriffe und Bedeutungen

Beteiligung oder Teilhabe (Partizipation) an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen kann auf verschiedene Weise stattfinden. Schäfers unterscheidet Beteiligungsformen der *Mitbestimmung* im Arbeits- oder Wirtschaftsbereich (z.B. Personalvertretung), im Bildungssektor (Schüler-/Elternvertretung oder universitäre Selbstverwaltung) oder im Verbands- und Vereinswesen (Organe der Selbstverwaltung wie Mitgliederversammlungen) von *Demokratisierung* in Form von institutionalisierter Beteiligung an primär politisch relevanten Entscheidungsstrukturen und –prozessen (z.B. Wahlen und Parlamente). (Schäfers 1995, S.239f.) *Politische Partizipation* kann allgemeiner als Beteiligung der Öffentlichkeit, an politischen und sozialen Planungs- und Entscheidungsprozessen verstanden werden. Unter dem Begriff *bürgerschaftliches Engagement* sollte nicht jede Form zivilgesellschaftlichen Engagements subsumiert werden, denn Engagement ist nur insofern sozial und bürgerschaftlich, als es nicht primär oder gar ausschließlich Privat- oder Partialinteressen dient. (Braun 2001a, S. 97)¹

2 Die Partizipationsbewegung

In der Geschichte der BRD entwickelte sich in den 60er Jahren aus der Kritik an autoritären Strukturen eine politische Partizipationsbewegung, die sich für mehr Selbstbestimmung und Emanzipation einsetzte. Die Studentenbewegung nahm zunächst die Strukturen an den Hochschulen ins Visier und weitete ihre Kritik dann auf andere gesellschaftliche Bereiche bis hin zur antikapitalistischen Systemkritik aus. (Wollmann 1998) Forderungen nach Kontrolle staatlicher Macht, ausgelöst durch die Notstandsgesetzgebung der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD, Ende der 60er Jahre, mündeten angesichts fehlender Repräsentanz im Parlament in die „Außerparlamentarische Opposition“ (APO). Anfang der 70er Jahre waren Kommunalreformen, mit ihrer Bildung größerer Verwaltungseinheiten sowie Städtebau- und Sanierungspolitik weitere Felder direktdemokratischer Partizipationsaktivitäten. Diese fanden ihre Form in Bürgerinitiativen zu vorwiegend lokal begrenzten Themen sowie in sozialen Bewegungen größeren Umfangs zu gesamtgesellschaftlichen Themen wie Frauen-, Anti-Atomkraft-, Ökologie- oder der Friedensbewegung. Während Anfang der 70er Jahre die unter dem Wahlmotto Willi Brandts („mehr Demokratie wagen“) angetretene sozial-liberale Bundesregierung Ansätze zur Demokratisierung der Gesellschaft aufgriff und Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten insbesondere im Baurecht erweiterte,² zielten kommunale Maßnahmen für mehr Bürgernähe in den 80er Jahren eher auf mehr Transparenz von Entscheidungsprozessen und Serviceverbesserungen für den Bürger. (Reichard 1994)

Zwischenzeitlich dürften politische Beteiligungsformen wie die Bildung von Bürgerinitiativen zum Standard bürgerlicher Interessensvertretung geworden sein und werden selbst von politischen Parteien zu Wahlkampfzwecken instrumentalisiert, wie die „Doppelpass-Kampagne“ der CDU in Hessen zeigte.³ In den 90er Jahren avanciert die Sorge um den Verbleib oder die Rückkehr des Bürgers in die Politik zur zentralen Debatte. Allenthalben beschäftigten sich staatliche Stellen in Bund, Ländern und Kommunen mit Ausmaß und Förderungsmöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements.⁴

3 Die Debatte um bürgerschaftliches Engagement

Neben den Fragen politischer Partizipation spielen die Themen „Wohlfahrtsstaat“ und „Arbeitsgesellschaft“ eine bedeutende Rolle. Das Sozialstaatsmodell als nationalstaatlich organisiertes System des Ausgleichs zwischen Wirtschaft, Politik und Wohlfahrt nicht nur erwerbstätiger Bürger, wird durch die gesellschaftlichen Veränderungen seit Mitte der 70er Jahre insbesondere durch zunehmende internationale Verflechtungen in seiner Leistungsfähigkeit geschwächt. Gleichzeitig geriet das Modell des Sozialstaates von zwei konträren Seiten in die Kritik. Liberal-konservative Kreise sehen wohlfahrtsstaatliche Absicherungen und Anspruchsdenken als Marktbremse und betonen die Bedeutung von Wettbewerb und Konkurrenz für die Entwicklung von Eigeninitiative und Unternehmergeist. Von links-alternativer Seite insbesondere aus der Selbsthilfebewegung richtete sich die Kritik gegen Bürokratisierung, Verrechtlichung und Professionalisierung sozialer Dienste, die den Bürger in seinen Fähigkeiten zu Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe entmündige.(vgl. Braun 2001a) Liberal-konservative Forderungen nach Entstaatlichung und Privatisierung treffen sich mit Vorstellungen von sozialem Pluralismus und nicht-institutionellen sozialen Bewegungen im links-alternativen Lager. Aus dieser Synthese ergeben sich neue Definitionen sozialstaatlicher Aufgaben, die eine Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft sowie mehr Bürgerorientierung vorsehen. In Anlehnung an Veränderungen von Selbstverständnis und Bedeutung lokaler Politik, die sich an neuen Steuerungsmodellen und Marketingstrategien öffentlicher Verwaltungen zeigen, sollen sich staatliche Verwaltungen auf Gewährleistungsfunktionen beschränken und Vollzugs- sowie teilweise auch Finanzierungsverantwortung an freie Träger oder Bürger abgeben. Hierbei würden gleichzeitig auch Gelegenheiten für bürgerliches Engagement geschaffen.(Braun 2001a, S.86) Bezogen auf den Arbeitsmarkt wird angesichts einer ebenfalls seit Mitte der 70er Jahre sich mit jeder Wirtschaftskrise kumulativ erhöhenden Arbeitslosigkeit die Zukunft der Arbeitsgesellschaft diskutiert.(Offe 1984) Anhaltende Arbeitslosigkeit und Schwinden des Normalarbeitsverhältnisses bringen nicht nur die sozialen Sicherungssysteme in

Finanzierungsnot, sondern stellen auch die gesellschaftliche Integrationsfunktion von Erwerbsarbeit in Frage. Folglich werden einerseits Forderungen nach gleichwertiger Anerkennung gesellschaftlich wichtiger Tätigkeiten in Familie, Vereinen und sozialen Initiativen neben der Erwerbsarbeit laut. Andererseits sollen mit sogenannter Bürgerarbeit auch arbeits- und sozialpolitische Probleme gelöst werden, indem sich dadurch die Nachfrage nach Erwerbsarbeit vermindert. (Spiegel 35/1998, S. 64ff.) Fragen der Einführung eines entsprechenden Bürgergeldes geraten dagegen eher in den Hintergrund. Ein Grundeinkommen als Ersatz von Sozial- und Arbeitslosenhilfe, wie es in Konzepten der GRÜNEN Anfang der 80er Jahre propagiert wurde, scheint derzeit kaum Chancen auf Erfolg zu haben. Partizipationsbewegung, Krise des Sozialstaates und Krise der Arbeitsgesellschaft haben großes Interesse an bürgerschaftlichem Engagement ausgelöst. Aus allen drei Perspektiven wird im engagierten Bürger, in dessen Selbstorganisation, Partizipation und möglichst selbstlosen Einsatz die Lösung gesehen.

Die Hoffnungen mit bürgerschaftlichem Engagement sozial- und arbeitsmarktpolitische Probleme lösen zu können scheinen recht unrealistisch. Denn gerade diejenigen Bevölkerungsteile, die von Veränderungen (Reduzierung von Sozialleistungen und struktureller Arbeitslosigkeit) am stärksten betroffen sind, haben i.d.R. am wenigsten Einkommens-/Bildungs- und Beziehungs-Potential für gesellschaftliches Engagement und können es sich finanziell am wenigsten leisten unentgeltliche Tätigkeiten zu verrichten.

Die Frage der politischen Dimension bürgerschaftlichen Engagements wird ebenfalls kritisch diskutiert. Einerseits scheinen Projekte bürgerschaftlichen Engagements eher auf soziales als auf politisches Engagement ausgerichtet zu sein (Braun 2001a, S.90), andererseits kann noch keine Rede von einem Machtgleichgewicht zwischen repräsentativ-demokratischen und direkt-demokratischen Institutionen sein. In Deutschland sind direkt-demokratische Partizipationsformen, anders als in der Schweiz, noch mit erheblichen Verfahrenshindernissen verbunden. (Wollmann 1998, S.141) Allerdings schafft gerade die Verbindung repräsentativer und direkter politischer Partizipationsformen Kontrollmöglichkeiten durch gemeinsame Konfliktaustragung, spart damit Kosten für Fehlentscheidungen und verhindert die Durchsetzung von Partialinteressen. Was bringt nun aber Menschen dazu sich bürgerschaftlich zu engagieren und wie lässt sich dieses theoretisch begründen?

4 Begründungen und Motive bürgerschaftlichen Engagements

Evers unterscheidet zwei idealtypische Begründungszusammenhänge bürgerschaftlichen Engagements.(Evers 1998) Zum Einen **individualistisch-liberale Ansätze**, die auf *Rational Choice Theorien* und *utilitaristischen Annahmen* sowie *psychologischen Handlungstheorien* beruhen. Hier stehen die Neigungen und Interessen des Einzelnen im Mittelpunkt. Bereitschaft zum Engagement wird ausgehend vom „homo oeconomicus“ mit Nutzenerwartungen erklärt. Die Entscheidung für oder gegen Engagement erfolgt nach Kosten-Nutzen-Abwägungen. Vom eigenen Engagement profitieren auch andere, die sich ihrerseits hierfür erkenntlich zeigen, so dass es zu einem gegenseitigen Austausch von Leistungen kommt. Individuelle Interessenverfolgung erzeuge als Ergebnis Solidarität. Außer den Nutzenerwartungen, die eine Form extrinsischer Motivation darstellen, wird Engagement aus modernisierungstheoretischer Sicht auch mit direkter Bedürfnisbefriedigung oder Sinnggebung, also intrinsischer Motivation in Verbindung gebracht. Hintergrund ist der in von Schulze beschriebene Orientierungswandel vorwiegend in den Nachkriegsgenerationen von Welt-verankerter zu Ich-verankerter Selbsteinordnung, bei der subjektive Vorlieben zur bedeutsamsten Richtschnur individuellen Handelns werden.(Schulze 1997) Engagement im liberal-individualistischen Sinne beruht demnach nicht auf Pflichtbewusstsein oder moralischen Normen, sondern Nutzenerwartungen und Selbstverwirklichung sind die Motive des Einsatzes für das Gemeinwohl. Erklärt man Engagement aus Nutzenerwartungen, erhält die Konvertierbarkeit von Ressourcen zunehmende Bedeutung, denn wer über vielseitig austauschbare ökonomische, kulturelle und/oder soziale Ressourcen verfügt, hat mehr „Tauschmasse“, wird interessanter als Tauschpartner, hat mehr Nutzenoptionen (z.B. in Form beruflicher Aufstiegsmöglichkeiten) und hegt damit entsprechend hohe Nutzenerwartungen. Geringe oder einseitige Ressourcen bedeuten geringe oder einseitige Tauschmasse und bedingen bei wenigen Nutzenoptionen entsprechend niedrige Nutzenerwartungen. Somit lässt sich unterschiedliches Engagement auf Grund unterschiedlicher Verteilung ökonomischen, kulturellen oder sozialen Kapitals erklären. Engagement wäre demnach abhängig von gesellschaftlicher Ressourcen- und Chancenverteilung einschließlich vertikaler sozialer Mobilität. Wenn Engagement mit Interessen und Bedürfnissen der Engagierten begründet wird, können Interessen von Hilfsbedürftigen oder gesellschaftliche Notwendigkeiten in den Hintergrund geraten. Mit diesem Ansatz lassen sich sowohl stärkere Mitgliederfluktuation als auch kürzere Amtszeiten von Funktionsträgern in freiwilligen Assoziationen erklären. Engagement ist dann wechselhaft, unverlässlich und nicht geeignet für dauerhaften kontinuierlichen Hilfebedarf.(vgl. Tabelle 1)

Tabelle 1: Erklärungsansätze für Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

Ansätze	Liberales	Individualistische	Gemeinschafts orientierte	Gemeinwesen orientierte
Theorien, Konzepte	Rational-Choice, Utilitarismus	Wertewandel, Individualismus	Kommunitarismus	Republikanismus
Grundlage	Freie Wohlstands-Gesellschaft, Freies Individuum	Freie Wohlstands-Gesellschaft, Freies Individuum	Gemeinschaften mit Bindungsfähigkeit und Wertekonsens	Politisch verfaßte Gesellschaft, Rechte und Pflichten
Gründe für Engagement	Nutzenerwartung Kosten-Nutzen-Abwägungen	Selbstverwirklichung	Moralische Werte, Solidarität und Hilfsbereitschaft	Einsicht in die Notwendigkeit
Motive	Interessenverwirklichung (extrinsisch)	Bedürfnisbefriedigung, Sinngebung (intrinsisch)	Gemeinschaftsloyalität Pflichtbewußtsein (extrinsisch)	Bürgersinn, Idealismus, Pflichtbewußtsein (extrinsisch)
Idee	Durch gegenseitigen Austausch von (Engagement-) Leistungen zum gegen-(all-)seitigen Vorteil entsteht Solidarität	Wohlstand sorgt für Befriedigung von Grundbedürfnissen und ermöglicht Engagement zur Selbstverwirklichung	Mitglieder von Gemeinschaften verhalten sich auf Grund gemeinsamer moralischer Werte solidarisch und hilfsbereit	Mündige Bürger interessieren sich für das politische Gemeinwesen, beteiligen sich an Diskussionen und Entscheidungsprozessen und setzen sich für das Gemeinwohl ein
Erklärung	Die Höhe der Nutzenerwartung bestimmt die Höhe des Engagements	Art und Ausmaß von Engagement werden bestimmt von individuellen Interessen und Bedürfnissen	Engagement wächst mit der Zugehörigkeit zu Gemeinschaften und der Übernahme deren Werte	Engagement wächst mit der Existenz und Transparenz von Partizipationsmöglichkeiten und notwendigen
Einflussfaktoren	Verfügung und Konvertierbarkeit von ökonomischen, kulturellen und sozialen Ressourcen	Bildung, Alter, Einkommen und Lebensstil	räumliche und soziale Nähe für Soziale Bindung Erziehung und Sozialisation für Wertevermittlung	Information, Transparenz, Teilhabemöglichkeiten, Sozialisation
Problem	Engagement hängt ab von gesellschaftlicher und individueller Ressourcen- und Chancenverteilung	Engagement ist wechselhaft, unverlässlich und nicht geeignet für dauerhaften und kontinuierlichen Hilfebedarf	Engagement hängt von Zugehörigkeit zu Gemeinschaften und deren Wertmaßstäben ab, d.h. Engagement durch Anpassung	Die Annahme des mündigen Bürgers setzt Chancen- und Ressourcengleichheit voraus
Kritik	Erklärt nur prestigeträchtiges und Vorteile versprechendes Engagement, nicht aber Engagement aus idealistischen Beweggründen	Erklärt nur Engagement unter Wohlstands-Bedingungen; Interessen von Hilfebedürftigen oder gesellschaftliche Notwendigkeiten finden keine Berücksichtigung	Keine Erklärung für individuelles Engagement aus Nutzenkalkül oder zur Selbstverwirklichung; Individualismus wird mit Egoismus gleichgesetzt; außerhalb von Gemeinschaften Stehenden wird Engagementbereitschaft abgesprochen und Unterstützung versagt	Interindividuelle Unterschiede der Engagementbereitschaft sind nicht erklärbar, Engagementhemmnisse durch Bildungs-, Prestige- und Erfahrungsunterschiede finden keine Berücksichtigung
Vertreter	J. S. Coleman 1990 H. Esser 1991 G. S. Becker 1982	U. Beck 1986 G. Schulze 1997	R. N. Bellah 1985 A. Etzioni 1998	B. Barber 1994, U. Sarcinelli 1993 F. Naschold 1996

Quelle: Eigene Zusammenstellung, auf Grundlage der Ausführungen von Braun 2001a.

Anmerkungen: Im Sinne einer übersichtlichen Darstellung können die jeweiligen Ansätze nur komprimiert dargestellt werden. Ebenso erhebt die Nennung der jeweiligen Vertreter keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Ist Selbstverwirklichung ein Phänomen von Wohlstandsgesellschaften (Schulze 1997), können individualistische Ansätze Engagement nur unter Wohlstandsbedingungen und nur für Menschen erklären, deren Grundbedürfnisse befriedigt sind (vgl. Maslow 1954). Liberal-individualistische Ansätze erklären somit vorwiegend prestigeträchtiges oder Vorteil versprechendes Engagement. Pflichtbewusstsein oder Idealismus als Motiv bleiben außen vor, bzw. müssen als individuelle Form der Selbstverwirklichung definiert werden.

Den Gegenpol zu individualistisch-liberalen Begründungen bilden **kommunitaristische und republikanische Ansätze**, die stärker an Gemeinschaft und Gemeinwesen orientiert sind. Diese diskutieren Engagement entweder im Sinne von *Solidarität und Hilfsbereitschaft auf dem Hintergrund gemeinsamer Werte (Kommunitarismus)* oder im Sinne von *Partizipationsgelegenheiten im Rahmen von Bürgerrechten und -pflichten (Partizipationsbewegung)*. Die Kommunitaristische Bewegung um Bellah, Etzioni u.a. sieht die Gesellschaft als Mosaik von Gemeinschaften deren Mitglieder sich auf Grund gemeinsamer Werte solidarisch und hilfsbereit verhalten.(Etzioni 1998) Engagement gründet nach kommunitaristischer Idee auf der Zugehörigkeit zu Gemeinschaften, deren Unterstützung sich das Individuum sicher sein kann, solange es sich dem Gemeinschaftsleben anschließt und die geltenden Werte annimmt. Engagement in und für die Gemeinschaft lebt demnach von Solidarität und Hilfsbereitschaft auf der Basis geteilter Werte und nicht von individuellen Abwehrrechten und Rechtsbeziehungen. Engagementbereitschaft in Abhängigkeit von der Bildung von und der Zugehörigkeit zu Gemeinschaften kann bedeuten, dass Nicht-Zugehörige oder Ausgeschlossene nicht engagementbereit bzw. –würdig sind, nach dem Motto, wer keiner Gemeinschaft angehört, will sich nicht engagieren, wer sich nicht engagieren will, wird auch nicht unterstützt. Unklar bleibt darüber hinaus welche Werte, außer Solidarität und Hilfsbereitschaft, denn als verbindlich gelten sollen und wie ein Wertekonsens innerhalb und zwischen verschiedenen Gemeinschaften hergestellt werden kann. Individualistisches Engagement aus Nutzenkalkül oder Selbstverwirklichungsmotiven kann mit kommunitaristischen Ideen eher bewertet als erklärt werden, selbst wenn es Gemeinwohl dienende Wirkung hat.

Im Gegensatz dazu liegt der Schwerpunkt republikanischer Ideen auf der politischen Verfassung der Gesellschaft, die ihren Mitgliedern sowohl Rechte als auch Pflichten auferlegt. Engagement für das Gemeinwesen, resultiert aus der Existenz des mündigen Bürgers, der sich für das politische Gemeinwesen interessiert, sich an Diskussions- und Entscheidungsprozessen beteiligt und sich aus Einsicht in die Notwendigkeit für das Gemeinwohl einsetzt. Engagement ergibt sich demnach aus der bloßen Existenz von

(Partizipations-) Möglichkeiten und Notwendigkeiten, quasi von selbst. Voraussetzung dafür sind umfangreiche Information, Transparenz und Partizipationsgelegenheiten in Entscheidungsprozessen. Interindividuelle Unterschiede bezüglich Engagementbereitschaft sind mit diesem Ansatz nur schwer erklärbar.

5 Einflussfaktoren auf bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation

Entsprechend den unterschiedlichen Ansätzen zur Erklärung von bürgerschaftlichem Engagement ergeben sich zwangsläufig auch unterschiedliche Einflussfaktoren. Aus kommunitaristischer Sicht haben *räumliche und soziale Nähe* in Bezug auf die Bindungskraft von Gemeinschaften eine große Bedeutung für Entstehung und Ausmaß bürgerschaftlichen Engagements. Damit bestimmen räumliche und soziale Nähe über *Solidarität und Identifikation mit der Gemeinschaft* das Maß an bürgerschaftlichem Engagement. Wie im Absatz über moderne Stadtentwicklung beschrieben, beeinflussen räumliche Faktoren wie *Größe einer Stadt, Bevölkerungsdichte und Heterogenität* die Interaktionen der Menschen, weil in größeren Städten hoher Dichte und Verschiedenheit der Bevölkerung die Chancen auf so viele Gleichgesinnte zu treffen, dass daraus ein gemeinsames Engagement entstehen kann, größer ist als in Kleinstädten oder Dörfern. Es sei daher kein Zufall, dass die sozialen Innovationen der letzten Jahrzehnte überwiegend von großen Städten ihren Ausgang genommen hätten, so Erika Spiegel (1998, S.45). Neben dieser sozialwirksamen Raumstruktur ist bei Friedrichs auch von der Umkehrvariante, der raumwirksamen Sozialstruktur die Rede, wonach Bewohner bestimmter Merkmale in bestimmten Gegenden konzentriert sein können und damit Zusammenhänge zwischen persönlichen Merkmalen, Gebäudestruktur und Wahlverhalten feststellbar werden. Friedrichs meint damit Zusammenhänge zwischen geringem *sozialem Status (Einkommen, Bildung, Berufsstellung)*, niedrigem *räumlichem Status (Wohnqualität)* und geringer Wahlbeteiligung.(1977, S.192ff.) Auf den scheinbar banalen Einfluss von Zeitstrukturen auf gesellschaftliche Partizipation verweist Dietrich Henckel indem er die Pluralisierung von Zeitrhythmen problematisiert.(1998, S.310ff.) *Beschleunigung und Flexibilisierung von Zeitstrukturen* durch Ausweitung von Betriebszeiten bei gleichzeitiger Arbeitszeitreduzierung sowie veränderten Beschäftigungsverhältnissen in Form von Zeitverträgen, Mehrfachbeschäftigungen, Leiharbeit und Teilzeitarbeit würden es immer schwerer machen, Termine für gemeinsame Engagementaktivitäten zu finden. Darüber hinaus bestehen je nach Branche und beruflicher Stellung deutliche Unterschiede bezüglich eigener Zeitautonomie, d.h. der selbständigen Verfügbarkeit über Arbeits- und Freizeit. Weil in gemeinschafts- und gemeinwesenorientierten Ansätzen zur Erklärung von bürgerschaftlichem Engagement, der

Vermittlung von (moralischen bzw. republikanischen) Werten besondere Bedeutung zukommt, werden *Erziehung und Sozialisation* zu wichtigen Einflussfaktoren. Während kommunitaristische Ideen vom traditionellen Familienbild ausgehen, wobei ein Elternteil sich vollständig der Erziehung der Kinder widmen und damit die eigenen Werte weitergeben sollte, setzen republikanische Ansätze eher auf die Vermittlung verfasster Rechte und Pflichten mittels öffentlicher Erziehung und der Einübung von Partizipationsformen. *Soziale Herkunft* kann durchaus verhaltensprägende Wirkungen haben, allerdings nicht unbedingt immer im Sinne geplanter oder absichtsvoller Erziehung. Bildung und Berufsstellung bedingen entsprechende Erfahrungen, die sich ihrerseits wiederum auf Erziehungsziele und -verhalten auswirken.(Hradil 1999, S.441) *Soziale Unterschiede* werden somit reproduziert und beeinflussen über Sprachentwicklung, Mediennutzung und Leistungsbereitschaft das Potential und die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement. Erziehung und Sozialisation sind insofern nur indirekte Einflussfaktoren auf Engagement, als sie für Weitergabe und Reproduktion von Wertvorstellungen oder sozialen Unterschieden sorgen.

Aktivitäten des mündigen und engagementbereiten Bürgers dürften darüber hinaus von *Informationen und Gelegenheiten* abhängen. So unterstreicht Ulrich Sarcinelli die Bedeutung massenmedialer Wirklichkeitsvermittlung und –konstitution. Seiner Meinung nach haben Massenmedien Kultivierungskraft und strukturieren die Realitätswahrnehmung.(Sarcinelli 1997) Schwonke hingegen hält Teilhabe und öffentliche Kommunikation über politische Themen weniger abhängig von medialer Vermittlung als von *Anschaulichkeit und Konkretheit der Themen* sowie von *Interessenrelevanz und Betroffenheit der Bürger*. Ansonsten schreibt auch er ökonomischen, kulturellen und sozialen Ressourcen und den Organisationsformen politischer Aktivitäten unterschiedlichen Einfluss zu.(1974)

Wie weiter oben im Zusammenhang mit liberal-individualistischen Ansätzen zur Erklärung von bürgerschaftlichem Engagement bereits erwähnt wurde, beeinflussen *ökonomische, kulturelle und soziale Ressourcen* sowie *Lebensformen, -erfahrungen und Alter*, Art und Ausmaß an sozialem und politischem Engagement. Menschen unterer Statusgruppen, die auf Grund ihrer sozialen und beruflichen Lage die Erfahrung gemacht haben, dass Existenzsicherung und Erfolg eher durch die Befolgung von Regeln als durch aktives Wirken nach außen möglich sind und obendrein Sprache, Wissen und Verhaltensvariabilität nicht zu ihren Stärken zählen können, sehen weder für sich noch für andere einen großen Nutzwert in sozialem oder politischem Engagement.(Hradil 1999, S.451) Demgegenüber sehen Menschen mittlerer und höherer Statusgruppen, wegen deren Erfahrungen von Veränderbarkeit und Steuerbarkeit eigener Lebensverhältnisse und Lebenssituationen durch Geld, Besitz, Bildung,

Macht, Prestige, Sprachkompetenz und/oder vielerlei Kontakten, in der Teilnahme an gesellschaftlichen Organisationen oder Initiativen eher Möglichkeiten der Selbstverwirklichung, Einwirkung oder Kontakterweiterung und damit entsprechenden Nutzwert. Interesse und Beteiligung an Politik sind laut Hradil stark abhängig von der jeweiligen *Betroffenheit gesellschaftlicher* insbesondere *ökonomischer Krisen*, der *Einschätzung der eigenen Lage* und der *individuellen Zufriedenheit*.(1999, S.454)

Aus Verbindungen räumlicher und sozialer Einflussfaktoren ergeben sich unterschiedliche Formen *aktionsräumlicher Mobilität*, die Auswirkungen auf Art und Ausmaß bürgerschaftlichen Engagements haben. Immobile Menschen haben wegen ihrer freiwilligen oder zwangsläufig nähräumlichen Orientierung einen höheren Bedarf an dauernder Einflussnahme und Gestaltung ihrer räumlichen und sozialen Umwelt. Soziale Kontrolle ist erwünscht und wird als Ausdruck von Verantwortung und Identifikation mit dem unmittelbaren Wohnumfeld verstanden. In kleinen sekundären Netzwerken werden Kenntnisse über privates und öffentliches Alltagsleben vor Ort ausgetauscht. Partizipation und Engagement konzentrieren sich je nach kulturellem Kapital auf direkte eher handfeste Aktivitäten im hausnahen Bereich. Der Blick für die Gesamtgemeinde/Stadt und das Gemeinwohl ist weniger ausgeprägt. Im Rahmen neuer Partizipationsformen haben immobile Bevölkerungsteile oft Probleme ihre Bedürfnisse zu artikulieren.(Sachs Pfeiffer 1988) Mobile überlokal orientierte Bevölkerungsteile sind wegen ihres größeren Aktionsradius eher an der Gesamtstadt, bzw. ihrem Aktionsraum interessiert. Mobile verstehen sich wegen höherer Wissens- und Sprachkompetenzen sowie größerer Beziehungsnetze oft als Sprachrohr oder Übersetzer gesellschaftlicher Belange. Damit übertragen sie ihre Wert- und Lebensstilsysteme auf unbedarftes oder weniger informiertes Publikum und festigen durch intensive und zahlreiche Teilnahme an vielen Partizipationsformen ihre Macht als neuer „Wertadel“, wie Sachs Pfeiffer kritisch anmerkt. (1988)

Nach dieser eher theoretischen Explikation soll im Folgenden die empirische Bedeutung der genannten Einflussfaktoren auf bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation allgemein untersucht werden.

6 Empirische Befunde zu bürgerschaftlichem Engagement

Bevor Aussagen über Art und Ausmaß bürgerschaftlichen Engagements und politischer Partizipation in Stadtteilen gemacht werden, sollen zunächst allgemeine Daten zu gesellschaftlichem Engagement außerhalb des privaten Nahbereiches betrachtet werden.

Nimmt man den Organisationsgrad der Bevölkerung in Bezug auf Mitgliedschaften in Organisationen und Vereinen als Maß für gesellschaftliche Teilhabe, dann hat nach wie vor die große Mehrheit der Bevölkerung Anteil am gesellschaftlichen Leben, das sich in Organisationen und Vereinen abspielt. Nur etwa zwei Fünftel der Bevölkerung Deutschlands sind in keinem Verein oder anderen Organisation Mitglied. (Datenreport 1999, S.535) Innerhalb der letzten 15 Jahre sind die Mitgliederzahlen allerdings nicht mehr gestiegen, sondern entweder gleich geblieben oder gesunken, wie z.B. bei den Gewerkschaften. Dort allerdings u.a. bedingt durch die Tertiarisierung und den damit verbundenen höheren Anteil von Personengruppen mit geringerem Organisationsgrad unter den Erwerbstätigen, wie Frauen und Angestellten. An der Spitze der Rangliste nach Mitgliederanteilen stehen die Sportvereine mit knapp 30% der westdeutschen Bevölkerung, gefolgt von Freizeit und Musikvereinen. (Datenreport 1999, S.531f.) In Berufsverbänden insbesondere den Gewerkschaften sind mit ca. 10,5 Millionen etwa ein Drittel aller Erwerbstätigen organisiert. Lediglich rund 3% der wahlberechtigten Bevölkerung Deutschlands sind in politischen Parteien selbst Mitglied. (Datenreport 1999, S.165ff.) Zwar haben die beiden großen Kirchen mit je ca. 27 Mio. vergleichsweise viele Mitglieder, innerhalb der Kirche aktiv sind nach eigenen Angaben jedoch nur etwa ein Viertel davon. (Datenreport 1999, S. 531f.)⁵ Unter den Vereinen gibt es durchaus strukturelle Unterschiede bezüglich deren Mitglieder. Generell sind Männer stärker in Vereinen organisiert, mit Ausnahme von kirchlichen Vereinen, Turn- und Tanzgruppen, wo die Frauen in der Überzahl sind. In kirchlichen Vereinen, Musik- und Gesangvereinen sind ältere Menschen überrepräsentiert. In Sportvereinen haben jüngere Menschen höhere Anteile, allerdings mit abnehmender Tendenz. Von 1984 bis 1998 nahm der Anteil 18-34 Jähriger in Sportvereinen von 40% auf 35% ab. (Datenreport 1999, S.536f.) In politischen Organisationsformen wie Gewerkschaften, Parteien und Bürgerinitiativen sind immer noch mehr Männer als Frauen und mehr Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen organisiert. Während Männer in den Gewerkschaften stärker und in Bürgerinitiativen schwächer dominieren, haben Gewerkschaften mehr Mitglieder mit niedrigen Bildungsabschlüssen, Bürgerinitiativen dagegen mehr mit hohen Bildungsabschlüssen. (Datenreport 1999, S.536)

Stagnierende oder sinkende Mitgliederzahlen von Vereinen und Organisationen, das zunehmende Wegbleiben junger Leute selbst aus Sportvereinen und die oben dargestellte Debatte um Sozialstaat, Arbeitsgesellschaft und politische Teilhabe, haben in den 90er Jahren zu empirischen Forschungen über bürgerschaftliches Engagement geführt. Aufgeschreckt von ersten Ergebnissen, die im internationalen Vergleich ein geringeres Maß an bürgerschaftlichem Engagement in Deutschland aufzeigten, griff die Politik das Thema auf. Es folgten politische Kampagnen für mehr freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement, wie die Einsetzung einer Enquete-Kommission und die Ausrufung des „Internationalen Jahres der Freiwilligen“ im Jahr 2001 sowie weitere Untersuchungen.⁶

Veränderte Untersuchungsdesigns, Definitionen und Erhebungskategorien führten zu neuen Ergebnissen, die ein Niveau bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland ähnlich dem europäischer Nachbarstaaten nachwiesen.(Braun 2001a, S.98f.) In Baden-Württemberg wurden in der zweiten Hälfte der 90er Jahre im Auftrag des Sozialministeriums drei Studien zum bürgerschaftlichen Engagement, für eine Kleinstadt, für das Bundesland und bundesweit, mit jeweils ähnlichem Instrumentarium und somit untereinander vergleichbar erstellt.(Geislingen-Studie 1995; Landesstudie 1997, SIGMA 1999) Die vom baden-württembergischen Sozialministeriums bei SIGMA (Sozialwissenschaftliches Institut für Gegenwartsfragen Mannheim) in Auftrag gegebenen Studien sind stark an die kommunitaristische Argumentationslinie angelehnt. In der Geislingen-Studie offenbarten sich Unterschiede in Einstellungen und Motivation insbesondere zwischen junger und älterer Generation. Jüngere haben demnach mehr (Hilfs-)Netze auch unabhängig von Nachbarschaftsbeziehungen, sind weniger „privatistisch“ eingestellt und offener für solidarisches Handeln, empfinden weniger „soziale Kälte“ (unpersönliche Beziehungen), sind integrationsfreudiger gegenüber ausländischen Mitbürgern und trauen sich mehr öffentliches Engagement zu als die Generation der über 65 Jährigen. „Pflichtbewusstsein“ als Motiv für bürgerschaftliches Engagement ist nur noch bei über 70 Jährigen nennenswert ausgeprägt. „Helfen“ gilt vor allem bei Frauen in der Nachfamilienphase und älteren Menschen, die damit aktiv bleiben wollen als Grund für Engagement. Während der „Gestaltungswille“ für jüngere(20-40 Jahren) und mittlere Altersgruppen(40-60 Jahre) das Hauptmotiv ist, beanspruchen Jugendliche(unter 20 Jahren) besonders den eigenen Nutzen in Form von Kommunikationskontakten oder die Verwirklichung eigener Interessen („Ich-Bezug“) als Motiv. Nur in den mittleren Altersgruppen treffen alle o.g. Motivkreise zusammen, mit Schwerpunkt auf dem Hilfeaspekt und dem Gestaltungswillen. Die Bereitschaft zum Engagement steigt mit der Höhe des Bildungsabschlusses. Einstellungen und Motive für

bürgerschaftliches Engagement unterscheiden sich nach den Ergebnissen der Geislingen-Studie also vorwiegend nach Alter und Bildung. Somit stimmen diese Befunde mit den Ausführungen in Schulze (1997) überein. Engagement-Aktivitäten unterscheiden sich nach Lebenssituationen und Arten von Organisationen. In Vereinen dominieren Männer und jüngere Altersgruppen (Sportvereine). Frauen in der Nachfamilienphase sind eher in der Hilfe und Pflege für andere tätig. In selbstorganisierten Gruppen und Initiativen finden Neubürger eher Zugang als in traditionellen Vereinen. Engagement-Notwendigkeiten werden in erster Linie im sozialen Engagement für bestimmte Personengruppen, wie Kinder, jugendliche, alte und hilfsbedürftige Menschen gesehen. An zweiter Stelle stehen Themen wie Verkehrssituation und Stadtgestaltung. An (staatlicher) Unterstützung von Land und Stadt wünschten sich die Geislinger Befragten eher Personal, Schulung und Anerkennung als Geld und Sachleistungen. (Geislingen-Studie 1995)

Die landesweite Studie von 1997 bestärkte in ihren Ergebnissen die Bedeutung von Eigeninteressen und Nutzungserwartungen als Motive für bürgerschaftliches Engagement. An Problemkreisen auf Landesebene benannten die Befragten aus Baden-Württemberg an erster Stelle Arbeitslosigkeit, Wirtschaftssituation und Finanzen, auf kommunaler Ebene Verkehr, Stadtplanung, Infrastruktur und im persönlichen Nahbereich, ökonomische und soziale Sicherheit. Kriminalität, Anonymität oder Egoismus spielten nur eine untergeordnete Rolle. Diese Befunde geben realistische und auf guter Information beruhende Einschätzungen zu Lösungskompetenzen von Staat, Wirtschaft, Kommunen und Bürgerschaft wieder. Die Befragten setzen im Übrigen bürgerschaftlichem Engagement dort deutliche Grenzen, wo der Privatbereich des Einzelnen beginnt. Das heißt, sie sehen bürgerschaftliches Engagement nicht als geeignet zur Lösung privater Probleme im persönlichen Nahraum an. Engagement-Bereitschaft und die Überzeugung etwas bewegen zu können, ist bei jungen Generationen (unter 40 Jahren) größer als bei der ältesten (über 70 Jahren). Bei den Jüngeren gibt es darüber hinaus weniger Vorbehalte gegenüber dem Engagement mit und für Fremde. (Landestudie 1997) In der bundesweiten Studie mit Schwerpunkt auf dem Verhältnis der Generationen untereinander wird deutlich, dass zwischen den Jüngsten und den Ältesten kaum Kontakte bestehen. Dies beruht jedoch weniger auf gegenseitiger Ablehnung, als vielmehr auf mangelnden Kontaktgelegenheiten sowie jeweils unterschiedlichen Interessen und Vorlieben, die dem Einzelnen (ob jung oder alt) wichtiger sind als intergenerationale Kontaktwünsche. (SIGMA 1999)

Prof. Dr. phil. Martin Becker

Veröffentlicht in Becker (2008): Lebensqualität im Stadtquartier. VDM, Saarbrücken.

Literaturliste:

- Barber**, Benjamin (1994): Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen, Hamburg.
- Beck**, Ulrich (1986): Die Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Suhrkamp, Frankfurt/M.
- Becker**, Gary Stanley (1982): Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens, Verlag Mohr, Tübingen.
- Bellah**, Robert N. (1985): Habits of the Heart. Individualism and Commitment in American Life, University of California Press, Los Angeles.
- Braun**, Sebastian (2001a): Bürgerschaftliches Engagement. Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftspolitischen Debatte, in: Leviathan 1/2001, Seite 83-109.
- Braun**, Sebastian (2001b): Putnam und Bourdieu und das soziale Kapital in Deutschland, in: Leviathan 3/2001, Seite 337-354.
- Coleman**, James S. (1990): Foundations of Social Theory, Harvard University Press, Cambridge/Mass.-London.
- Datenreport** (1999), Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
- Esser**, Hartmut (1991): Alltagshandeln und Verstehen. Zum Verhältnis erklärender und verstehender Soziologie am Beispiel von Alfred Schütz und „Rational Choice“, Verlag Mohr, Tübingen.
- Etzioni**, Amitai (1998): Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus, Fischer, Frankfurt/M..
- Evers**, Adalbert (1998): Soziales Engagement. Zwischen Selbstverwirklichung und Bürgerpflicht, in: Transit 15, S. 186-200.
- Friedrichs**, Jürgen (1977): Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.
- Geislingen-Studie** (1995): Engagement in der Bürgergesellschaft. Die Geislingen-Studie. Ein Bericht des Sozialwissenschaftlichen Instituts für Gegenwartsfragen Mannheim (SIGMA), Jörg Ueltzhöffer/Carsten Ascheberg, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart.
- Hradil**, Stefan (1999): Soziale Ungleichheit in Deutschland, Leske + Budrich, Opladen.
- Henckel**, Dietrich (1998): Zeitstrukturen, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, Seite 310-319.
- Landesstudie 1997**: Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. Ein Bericht des Sozialwissenschaftlichen Instituts für Gegenwartsfragen Mannheim (SIGMA), im Auftrag des Sozialministeriums Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart.
- Maslow**, Abraham H. (1954): Motivation and Personality, Harper, New York.
- Naschold**, Frieder (1996): Partizipative Demokratie. Erfahrungen mit der Modernisierung kommunaler Verwaltungen, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin, S. 294-307.
- Offe**, Claus (1984): Arbeitsgesellschaft. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Campus, Frankfurt/M.-New York.
- Reichard**, Christoph (1994): Umdenken im Rathaus. Neue Steuerungsmodelle in der deutschen Kommunalverwaltung, Edition Sigma, Berlin.
- Sachs Pfeiffer**, Toni (1988): Lebensstil, Mobilität und die Gestaltung von Stadträumen, in: Volker Hauff (Hrsg.), Stadt und Lebensstil. Thema: Stadtkultur, Beltz, Weinheim-Basel, S. 105-133.
- Sarcinelli**, Ulrich (1993): „Verfassungspatriotismus“ und „Bürgergesellschaft“ oder: Was das demokratische Gemeinwesen zusammenhält, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 34, S. 25-37.
- Schäfers**, Bernhard (1995): Partizipation, in: ders.(Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie, Leske + Budrich, Opladen, S. 239-241.
- Schulze**, Gerhard (1997): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Campus, Frankfurt/M. - New York, 7. Auflage, Erstausgabe 1992.
- Schwonke**, Martin (1974): Kommunikation in städtischen Gemeinden, in: Wolfgang Pehnt (Hrsg.), Die Stadt in der BRD, Reclam, Stuttgart, S. 45ff..
- SIGMA** (1999): Generationenkonflikt und Generationenbündnis in der Bürgergesellschaft. Die erste bundesweite Studie zum Verhältnis der Generationen in der Bürgergesellschaft, Ein Bericht des Sozialwissenschaftlichen Instituts für Gegenwartsfragen Mannheim (SIGMA), im Auftrag des Sozialministeriums Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart.
- Spiegel**, Erika (1998): Dichte, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, S. 39-46.
- Wollmann**, Helmut (1998): Lokale Demokratie, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, Seite 135-142.

Anmerkungen:

¹ Nach Annette Zimmer zählen dazu:

1. einfache Mitgliedschaften und ehrenamtliche Tätigkeiten, wie z.B. in Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, politischen Gremien und Vereinen;
2. freiwillige unbezahlte Mitarbeit in karitativen oder gemeinwohlorientierten Einrichtungen wie Krankenhäusern, Schulen, Museen oder Bibliotheken;
3. Formen direktdemokratischer Bürgerbeteiligung wie Volksbegehren oder Volksentscheiden und
4. Beteiligung an Protestaktionen in Bürgerinitiativen oder sozialen Bewegungen.

R.Roth zählt zu bürgerschaftlichem Engagement:

1. Konventionelle und neue Formen politischer Beteiligung (z.B. kommunalpolitische Ehrenämter, Mitarbeit in Parteien oder Gewerkschaften, gesetzlich geregelte oder unkonventionelle Partizipationsformen);
2. Freiwillige bzw. ehrenamtliche Wahrnehmung öffentlicher Funktionen z.B. als Schöffe, Wahlhelfer, in Elternbeiräten oder Bürgervereinen;
3. Klassische und neue Formen sozialen Engagements z.B. in Wohlfahrtsverbänden oder Hospizgruppen;
4. Klassische oder neue Formen gemeinschaftsorientierter, von Solidarvorstellungen geprägter Eigenarbeit wie Nachbarschaftshilfe, Genossenschaften, Seniorenservice-Zentren, Tauschringen, etc.;
5. Klassische und neue Formen gemeinschaftlicher Selbsthilfe und anderer gemeinschaftsbezogener Aktivitäten wie Familienhilfe, Selbsthilfegruppen, etc..

Quelle: Sebastian Braun 2001, S. 96f.

² 1971 wurde die Erörterungspflicht eines Sozialplanes bei städtischen Sanierungsmaßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz im Baurecht verankert. Die Novelle des Bundesbaugesetzes von 1976 brachte eine vorgezogene Bürgerbeteiligung in kommunalen Bauleitplanungsverfahren. In beiden Fällen blieb das Letztentscheidungsrecht jedoch beim Kommunalparlament erhalten. (Wollmann 1998, S.137)

³ Bei der sogenannten Doppelpass-Kampagne“ im Landtagswahlkampf in Hessen Anfang der 90er Jahre, ging es um die doppelte Staatsbürgerschaft von Bewohnern der Bundesrepublik mit Migrationshintergrund.

⁴ Ende 1999 setzte der deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ ein. (Braun 2001, S.83) Die Landesregierung Baden-Württemberg veröffentlichte 1997 ihre Landesstudie „Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. (Landesstudie 1997) Es existiert ein europäisches „Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement / EUROBes“, das von der Geschäftsstelle Bürgerschaftliches Engagement/Seniorengenossenschaften des baden-württembergischen Sozialministeriums koordiniert wird. (SIGMA 1999). Unter dem Titel „Von der traditionellen Sozialpolitik zur neuen Wohlfahrtskultur?“ hat das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) im Auftrag des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen eine Schrift zum Freiwilligen sozialen Engagement und lokaler Infrastruktur veröffentlicht.(ILS 64) Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde mit dem „Freiwilligensurvey 1999“ eine bundesweite Studie zum Ehrenamt durchgeführt.(vgl. Internetportal <http://www.freiwillig 2001.de>)

⁵ 16% der evangelischen und 34% der katholischen Christen gaben an mindestens einmal im Monat in die Kirche zu gehen. Nicht alle die in die Kirche gehen sind auch innerkirchlich anderweitig aktiv, aber fast alle innerkirchlich Aktiven dürften zu den Kirchgängern zählen. (Datenreport 1999, S. 531f.)

⁶ Einsetzung der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“, Quelle: Bundestagsdrucksache 14/2351; Ausrufung des Jahres 2001 zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ durch die UNO; Ausschreibung eines Wettbewerbes zur Auszeichnung kommunaler Bürgeraktionen im Jahr 2000 durch das Innenministerium Baden-Württemberg, vom 30.Mai 2000, Az: 2-2205.08-00/1.